

NSU 2.0



„Wir waren alle überrascht, wie unzureichend ermittelt worden ist“, sagt Janine Wissler (r.). Ebenso wie Idil Baydar (l.) und Seda Başay-Yıldız bekommt sie „NSU 2.0“-Mails. JOLICH (4)

„Es ist unfassbar, und es hört einfach nicht auf“

Idil Baydar, Seda Başay-Yıldız und Janine Wissler werden von „NSU 2.0“ bedroht. Sie beklagen im Gespräch mit Pitt von Bebenburg die Untätigkeit des Innenministers und die haarsträubende Polizeiarbeit

Vor zwei Jahren, im Dezember 2018, erfuhr die Öffentlichkeit erstmals von rechtsextremen Morddrohungen unter dem Absender „NSU 2.0“ – und davon, dass vorher persönliche Daten der betroffenen Rechtsanwältin Seda Başay-Yıldız von einem Polizeicomputer abgefragt worden waren. Seither ist der Kabarettistin Idil Baydar und der Linken-Politikerin Janine Wissler dasselbe widerfahren, auch ihre Daten wurden illegal abgerufen, auch sie werden weiterhin von „NSU 2.0“ mit dem Tode bedroht. Täter sind bis heute nicht gefasst, wie die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Mittwoch bestätigte. Bisher wurde nicht einmal ermittelt, welche Polizistinnen und Polizisten die Daten abgefragt haben. Erstmals äußern sich die drei betroffenen Frauen gemeinsam in einem Interview dazu.

Die rechtsextremen Drohungen von „NSU 2.0“ gegen Sie halten jetzt seit zwei Jahren und vier Monaten an. Ein Täter wurde nicht gefasst. Haben Sie noch Hoffnung, dass der oder die Täter gefasst werden?
Seda Başay-Yıldız: Immer weniger. Ich glaube, es ist einfach zu viel Zeit vergangen. Die Anfangsphase war die wichtigste, als noch das

Polizeipräsidium Frankfurt ermittelt hat. Je länger das dauert, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass das aufgeklärt wird.

Gehen die Bedrohungen weiter?
Janine Wissler: Es dauert an, aber man muss nicht jede Drohmail öffentlich machen.

Hat die Polizei nicht ordentlich gearbeitet?

Başay-Yıldız: Ich habe am 2. August 2018 das erste Drohfax bekommen mit Informationen, die nicht öffentlich waren. Am selben Abend wurde zusätzlich meine Adresse im Internet veröffentlicht. Da stand: „Mein Name ist Seda Başay-Yıldız. Ich bin das größte Schwein im ganzen Land. Ich wohne in der So-und-so-Straße und brauche ganz dringend jede Menge Ärger von deutschen Patrioten.“ Vier Monate später habe ich aus der Presse erfahren, dass meine persönlichen Daten kurz vor dem ersten Fax und der Veröffentlichung im Internet von einem Polizeicomputer im 1. Revier in Frankfurt abgefragt worden waren. Ein oder auch mehrere Beamte des 1. Polizeireviere sind dafür verantwortlich. Unabhängig davon, ob sie die Drohschreiben verfasst haben, sind sie dafür verantwortlich, dass meine

Adresse in Umlauf gekommen ist, dass sich „deutsche Patrioten“ um mich kümmern sollten, dass mein Kind bedroht wurde. Das an sich ist schlimm genug. Ich wundere mich, dass ich noch nie zumindest zu den suspendierten Beamten befragt wurde, die im Verdacht stehen, diese Daten verbreitet und vielleicht auch die Drohschreiben verfasst zu haben.

Sie sind bis heute nicht zu diesen Beamten befragt worden?

Başay-Yıldız: Nein. Ich bin Strafverteidigerin und kenne aus vielen Verfahren, wie das normalerweise ist. Der Betroffene wird immer gefragt, wenn man einen XY als möglichen Täter ermittelt hat.

Es wird immer gefragt, ob man den kennt, ob man irgendeinen Bezug zu ihm hatte. Das ist normale Polizeiarbeit. Ich wundere mich, dass das in Frankfurt nicht gemacht wurde. Spätestens als diese Beamten suspendiert wurden, wussten sie, dass gegen sie ermittelt wird, so dass durch meine Befragung keine Ermittlungen gefährdet gewesen wären, auch keine verdeckten. Spätestens ab diesem Zeitpunkt im September 2018 hätte man mir demnach Fotos dieser Personen vorlegen und mich nach diesen Personen befragen müssen.

ZUR PERSON

Janine Wissler amtiert seit 2009 als Fraktionsvorsitzende der Linken im Hessischen Landtag. Ins Parlament war sie 2008 gekommen, als die Linkspartei erstmals dort einzog. Die Politologin engagiert sich im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Die 39-jährige Frankfurterin bewirbt sich um den Bundesvorsitz der Linkspartei. Die Wahl musste wegen der Corona-Pandemie ins kommende Jahr verschoben werden. Seit 2014 ist Wissler eine der stellvertretenden Parteivorsitzenden. pit

ZUR PERSON

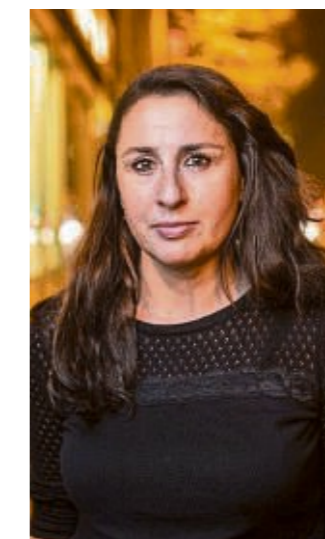
Idil Baydar, 1975 in Celle geboren, hat sich als Kabarettistin einen Namen gemacht. Am bekanntesten wurde Baydar mit ihren Kunstfiguren Jilet Ayse und Gerda Grischke. Die türkischstämmige Rotzgöre und die deutsche Oma mit Hang zum Alltagsrassismus lassen das Publikum lachen und öffnen ihm zugleich die Augen. Beide sind in Berlin zu Hause, das auch Baydar als Heimat empfindet.

Die Kabarettistin hielt 2019 in Frankfurt die „Möllner Rede im Exil“, in Erinnerung an die Opfer des Brandanschlags von 1992. pit

ZUR PERSON

Seda Başay-Yıldız ist eine deutsche Rechtsanwältin aus Frankfurt, wo sie auch Jura studiert hat. Bekannt wurde Başay-Yıldız im NSU-Prozess in München, wo sie die Familie des ersten NSU-Mordopfers Enver Şimşek vertrat.

Anfeindungen zog sich die Juristin zu, als sie die Rechte von Mandanten verteidigte, die als islamistische Terroristen galten. Başay-Yıldız hat stets klargemacht, dass sie keinerlei Sympathien für deren Ideologie hege. Es gehe ihr um die Grundsatze des Rechtsstaats: „Unsere Grundrechte gelten für jeden.“ pit



Das heißt, aus Ihrer Sicht ist nicht gründlich ermittelt worden?

Başay-Yıldız: Im Polizeipräsidium Frankfurt auf gar keinen Fall. Die Chatgruppe wurde aufgedeckt, aber hinsichtlich des Bedrohungs-sachverhaltes ist bei mir der Eindruck entstanden, dass nicht alles getan wurde. Ich kann mir das nur so erklären, dass das kleingehalten werden sollte, weil die Verdächtigen Beamte sind. Jeder andere Verdächtige wäre anders behandelt worden. Es war schon falsch, dass die Ermittlungen überhaupt in Frankfurt geführt wurden. Frankfurter Polizei ermittelt gegen Frankfurter Polizei!

Wie groß ist Ihre Hoffnung, Frau Wissler?

Janine Wissler: Wir waren alle überrascht, wie unzureichend ermittelt worden ist. Die Daten von Idil Baydar und mir sind in Wiesbadener Revieren abgefragt worden. Es gab weder Durchsuchungen noch wurden Handys sichergestellt. Meine Daten sind im Februar 2020 abgefragt worden, die von Idil sogar schon im März 2019. Im Juli 2020 waren die Beamten von diesen Revieren noch nicht mal alle befragt worden. Wenn man die infrage kommenden Personen so lange Zeit nicht mal vernimmt, wird es schwierig mit der Aufklärung.

Ihre Daten wurden vor den Bedrohungen von Polizeicomputern abgefragt. Halten Sie es für möglich, dass sich nicht herausfinden lässt, wer das getan hat?

Idil Baydar: Lassen Sie es mich ganz direkt auf den Punkt bringen: Die Polizei wurde erwischt. Es ist für mich kein Fall, bei dem schlampig gearbeitet wurde. Das wurde ganz klar unter den Tisch gekehrt. In meinem Fall hatten sie mehr als ein Jahr Zeit, mir Bescheid zu sagen und sich in irgendeiner Weise darum zu kümmern, und das haben sie nicht getan. Man kann versuchen, das zu erklären. Wer soll gegen die Polizei ermitteln? Die Polizei. Da stoßen wir auf wissenschaftliche Ergebnisse, die wir über Cop Culture haben, die wir über Verhalten innerhalb des Polizeiapparates haben. Ich sehe darin keinen Zufall, ich sehe darin auch kein Versehen. Ich sehe darin ganz klare Absicht.

Frau Başay-Yıldız, Sie haben vor kurzem eine Belohnung auslobt für Hinweise, die zur Ergreifung der Täter führen. Hat sich dadurch etwas bewegt?

Başay-Yıldız: Ich habe eine unglaubliche Solidaritätswelle erfahren. Es gab Menschen, die gesagt haben, sie spenden 5000 Euro, um die Belohnung aufzustocken. Es gab mindestens zehn Personen, die 1000 Euro angeboten haben. Ich habe alle persönlich angeschrieben und ihnen mitgeteilt, dass ich das leider nicht annehmen kann. Aber der Gedanke dahinter zählt. Das hat mich unglaublich bewegt.

Sie haben aber auch schon ganz anderes erlebt.

Başay-Yıldız: Ja, als das alles losging und auch schon vorher, habe ich auch eine Vielzahl von Beleidigungen, Beschimpfungen und Bedrohungen erhalten. Ich habe das oft auf die leichte Schulter genommen und ignoriert. Mittlerweile denke ich, das ist der falsche Weg. Man muss wirklich jeden einzelnen Fall zur Anzeige bringen, weil es sonst einfach nicht aufhört. Es muss Konsequenzen haben, wenn man jemanden in diesem Land beleidigt oder bedroht. Die Frage ist auch: Sind das nur Worte oder folgen auch Taten? Der Faxschreiber, der mit „NSU 2.0“ unterschreibt, den kann man nicht ernst nehmen. Aber was ist mit all den anderen Irrationalen, die draußen rumlaufen und denken, sie müssten an irgendjemandem ein Exempel statuieren? Ich habe eine Familie und ein Kind. Jetzt ist auch noch meine neue Adresse im Umlauf, obwohl sie gesperrt war, und keiner kann mir erklären, wie das passieren konnte. Die Polizei empfiehlt mir, dass ich mein Haus noch sicherer machen soll, aber das kostet Geld. Warum soll ich das bezahlen? Bin ich daran schuld, dass jemand in der Polizei Daten über mich abrufen und diese dann veröffentlicht werden? Ich werde dem hessischen Innenminister Peter Beuth die Rechnung schicken. Ich finde, dass das Land das bezahlen muss. Eigentlich hätte er dies von sich aus anbieten müssen.

Baydar: Die Polizei darf sich bei diesen Ermittlungen nicht mehr so quersellen. Ich erwarte von einem bewaffneten Staatsorgan, dass denen klar ist: Bei uns laufen Dinge schief und die müssen wir aufklären. Mit mir hat bisher gar keiner gesprochen. Niemand, der gesagt hätte: Frau Baydar, wir wollen Sie beschützen, dafür sind wir die Polizei, und wir sind auch Ihre Polizei. Nein, im Gegenteil, man wirft mir vor, ich würde die Polizei mit Dreck bewerfen. Ich finde diese Täter-Opfer-Umkehr sehr verstörend. Ich will der Polizei nichts Schlechtes. Mein Großvater war Polizeibeamter in Ankara. Ich habe wirklich keine Probleme mit der Polizei. Aber ich bin aus dem Märchen aufgewacht. Ich bin zutiefst enttäuscht, dass meine Bürgerrechte überhaupt nicht geachtet werden. Başay-Yıldız: Mich hat sehr verärgert, was der Sonderermittler, den der Innenminister Beuth in diesem Sommer eingesetzt hat, jetzt gebracht hat. Er lässt jetzt, zwei Jahre und drei Monate nach dem ersten Fax, meine früheren Nachbarn befragen und stellt lauter Fragen, die ich auch beantworten könnte. Ich will gerne bei der Ermittlungsarbeit helfen, aber so lasse ich mich nicht behandeln.

Wie haben Sie das gemerkt?

Başay-Yıldız: Einige meiner früheren Nachbarn haben mich angerufen und darüber in Kenntnis gesetzt, dass die Polizei mit kugelsicheren Westen aufgetaucht ist und sich nach mir erkundigt hat.

Einer war besonders irritiert. Der Sinn und Zweck dieser Aktion erschließt sich mir nach über zwei Jahren geduldigen Wartens nicht. Ich hätte erwartet, dass man mich vorher informiert oder es mir erklärt. Sie müssen auch mit Menschen reden, wenn sie Vertrauen gewinnen wollen. Das ist offensichtlich nicht möglich oder nicht nötig. Das war jedenfalls der Grund für meine Auslobung. Nicht mehr nur warten, sondern auch selbst etwas tun.

Wissler: Ich finde das auch völlig absurd. Ich hätte verstanden, wenn man im August 2018 die Nachbarschaft befragt hätte, ob ihnen etwas aufgefallen ist. Aber nach über zwei Jahren und weiteren Fällen, warum ermittelt man da in Sedas ehemaliger Nachbarschaft?

Wie ist das für eine Politikerin, Frau Wissler? Wird man da besser informiert oder hat bessere Möglichkeiten, sich Informatio-

nen zu besorgen?

Wissler: Das Thema „NSU 2.0“ wurde mehrfach im Innenausschuss beraten, aber viele Fragen blieben offen. Ich fühle mich sowohl als Abgeordnete wie auch als Betroffene nicht gut informiert. Ich habe nach der ersten Drohmail mehrfach beim LKA nachgefragt, ob meine Daten auch von einem Polizeicomputer abgefragt worden sind. Ich wurde wochenlang, monatelang verströdet. Man hat es mir erst zwei Tage, nachdem die Morddrohungen gegen mich durch die Rundschau öffentlich geworden sind, gesagt.

Wie gut fühlen Sie sich heute von der Polizei unterstützt?

Wissler: Ich bekam vor kurzem eine Drohmail, nicht von „NSU 2.0“, sondern eine andere, und wollte Anzeige erstatten. Das LKA hat mir dann erst gesagt, ich sollte eine Online-Anzeige stellen bei der Frankfurter Polizei. Soll ich

jetzt in ein Online-Formular der Frankfurter Polizei meine Adresse eingeben, die gerade erst in allen Registern gesperrt wurde, weil sie von einem Polizeicomputer abgefragt wurde? Wo landet meine Adresse, wenn ich sie dort einlege? Beim 1. Revier, wo Sedas Daten abgerufen wurden? Aber ich muss mich an die Polizei wenden, um Anzeige zu erstatten. Im Konkreten ließ sich das dann lösen, aber es macht das Problem deutlich.

Wie wurden Sie im Landtag informiert?

Wissler: Wir haben fast alles aus der Presse erfahren. Erst wenn wir Berichtsanhträge geschrieben und nachgefragt haben, hat der Innenminister zugegeben, was wir sowieso schon wussten. Es kann keine Rede davon sein, dass der Innenminister das Parlament gut informieren würde. Und es geht ja nicht nur um diese Drohschreiben. Die Gefahr von Rechts wächst. Die Morde in Hanau, der Mord an Walter Lübcke, der Mordanschlag in Wächtersbach, rechte Chatgruppen in der hessischen Polizei. Wir haben in Hessen wirklich ein Problem, aber es wird weiter gemauert und das reflexhafte Gerede von „Einzelfällen“ und „Einzelatmen“ erschwert das Vorgehen gegen die dahinterliegenden Netzwerke.

Baydar: Nicht nur in Hessen. NRW hat das Problem, Berlin hat das Problem. Es ist unfassbar, und es hört einfach nicht auf. Dabei habe ich immer noch nicht das Gefühl, dass die Polizei will, dass das rauskommt. Es ist eine Zeit, in der wir uns alle auf das Grundgesetz besinnen müssten und schauen, ob alle Institutionen auf dem Boden des Grundgesetzes stehen oder ob rassistische Einstellungen bestimmte Dinge verhindern.

Der Fall von Ihnen, Frau Baydar, ist ja offenbar monatelang ganz durch den Rost gefallen, als Sie von Berlin nach Frankfurt gezogen sind und keiner sich für Sie zuständig fühlte. Wäre es besser, wenn eine Bundesbehörde die Ermittlungen an sich ziehen würde, also der Generalbundesanwalt mit dem Bundeskriminalamt?

Başay-Yıldız: Das wurde wohl dem GBA (Generalbundesanwalt, Anm. d. Red.) angetragen, aber der hat das abgelehnt.

Baydar: Damit möchte sich offenbar keiner so richtig befassen. Wissler: Ich finde das sinnvoll. Es geht um drei Polizeireviere allein in Hessen sowie Polizeireviere in Berlin und in Hamburg. Im Frankfurter Revier wissen wir, dass es eine rechte Chatgruppe gab. Zudem stellt sich die Frage, inwieweit „NSU 2.0“ in Zusammenhang steht mit der Brandserie in Berlin-Neukölln. Es gab mehrere Mails, die darauf Bezug genommen haben. Es gibt Bezüge zu André M., der in Berlin vor Gericht steht wegen Drohschreiben der „Nationalsozialistischen Offensive“. Es muss eine Vernetzung

Fortsetzung auf Seite 4